



# ELTERN FÜR BILDUNG

## Landeselterninitiative für Bildung

---

### Schulentwicklung und Pädagogik

Fasanenweg 3a  
66129 Saarbrücken

Sparkasse Neunkirchen,  
BLZ 592 520 46  
Konto Nr. 50236423 Andrea Martin

Sprecher

Bernhard Strube  
Fasanenweg 3a, 66129 Saarbrücken  
Telefon: 06805 21010  
Handy: 0163 2819959  
[Bernhard.Strube@t-online.de](mailto:Bernhard.Strube@t-online.de)

### Brief an Parteivorsitzende

9. Juni 2008

Sehr geehrte Vorsitzende der Parteien im Saarland,

wir, die Landeselterninitiative für Bildung, haben Prognosen der Schülerzahlen, die das Bildungsministerium uns zur Verfügung gestellt hat, ausgewertet. Sehen Sie dazu bitte unten die Anlage. Das Ergebnis und unsere Analyse schulischer Bildung im Saarland veranlassen uns, Sie zu bitten, einen öffentlichen Diskurs über Schulentwicklung und Pädagogik im Saarland (in den Schulregionen) einzuleiten. Zum einen machen es die zurückgehenden Schülerzahlen notwendig, zum anderen muss das Recht der Kinder auf gleiche Bildungschancen und Förderung der Talente endlich verwirklicht werden.

Nach dem Demographiebericht der Landesregierung wird die Anzahl der Schüler im Grundschulalter in sieben Jahren um 21 % und die Anzahl der Kinder und Jugendlichen im Alter für weiterführende Schulen um 23 % niedriger sein als 2006 (Alter 6-10 Jahre: von 37 000 im Jahr 2006 auf 29 100 im Jahr 2015; Alter 10-18 Jahre: von 88 000 im Jahr 2006 auf 67 800 im Jahr 2015). Schon in den kommenden sechs Schuljahren (bis 2013/2014) sehen wir nach unseren Berechnungen deshalb 44 Grundschulen (von 160), 29 Erweiterte Realschulen (von 51), vier Gesamtschulen (von 17) und zwei Gymnasien (von 35) in ihrer Existenz gefährdet, wenn die Landesregierung das Schulordnungsgesetz anwendet. Dieses Gesetz, das die Regierung zur Schließung von Grundschulen eigens geändert hatte, schreibt in § 9 vor, dass Schulen „eine Größe haben sollen, die eine fruchtbare Unterrichts- und Erziehungsarbeit gewährleistet, eine Differenzierung des Unterrichts erlaubt und einen zweckmäßigen und wirtschaftlichen Einsatz von personellen und sächlichen Mitteln sichert (geordneter Schulbetrieb)“. Ein geordneter Schulbetrieb ist nach dem Gesetz noch gewährleistet, „wenn Grundschulen wenigstens zwei Klassen je Klassenstufe, Erweiterte Realschulen, Gesamtschulen und Gymnasien wenigstens jeweils drei Klassen je Klassenstufe haben“.

Wir müssen im Saarland die nächsten Jahre zu einem Qualitätssprung im Bildungswesen nutzen, denn wir brauchen mehr Zuwendung für die Kinder und Jugendlichen an den Schulen und eine bessere Förderung ihrer Potenziale, den Abbau struktureller Barrieren, die Chancengerechtigkeit verstärken, sowie ein flächendeckendes Angebot an Schule über den ganzen Tag. Bessere Bildung liefert

doch den zentralen Schlüssel für die meisten gesellschaftlichen Probleme, ob Integrationsmisere oder Fachkräftemangel, Armut oder Demografiekrise.

Wir bitten Sie, uns in einer möglichst kurzen Antwort mitzuteilen, wie Ihre Partei den finanziellen Spielraum in den nächsten sechs Jahren nutzen würde, der durch die zurückgehenden Schülerzahlen entsteht. Wir würden die Antworten gern auf unserer Internetseite vor den Sommerferien veröffentlichen. Deshalb wären wir froh, wir könnten innerhalb einer Woche darüber verfügen und die Antworten wären wirklich kurz gehalten (max. eine halbe DIN A4-Seite).

Mit freundlichen Grüßen

Bernhard Strube  
Wolfgang Schäfer  
Armin Prior

Sprecher, stellv. Sprecher der Landeselterninitiative für Bildung e.V.

## **Antwort CDU**

13.6.2008

Sehr geehrter Herr Strube,

der CDU-Landesvorsitzende und Ministerpräsident Peter Müller hat mir Ihre Anfrage „Schulentwicklung und Pädagogik“ zur Kenntnis zugeleitet. Gerne ergreife ich als Fraktionsvorsitzender die Gelegenheit, Ihnen zu antworten.

Trotz der auch Ihnen sicher bekannten extremen Haushaltsnotlage hat das Saarland die Investitionen in Bildung gegenüber der Vorgänger-Regierung deutlich verstärkt. Hatte diese noch trotz steigender Schülerzahlen mehr als 1000 Lehrerstellen von 1985 bis 1999 abgebaut, wurde eine sinkende Schülerzahl von der CDU-Regierung nicht dazu genutzt, Lehrerstellen abzubauen. Im Gegenteil. Trotz sinkender Schülerzahlen gibt es über 200 Lehrerplanstellen mehr im Landeshaushalt als 1999. Im Rahmen der engen Haushaltsspielräume wird die Priorität für Bildung beibehalten und werden weitere Akzente gesetzt, um die Fähigkeiten und Talente unserer Kinder bestmöglich zu fördern und zu fordern. Die früher höchst unbefriedigende Situation im Krippenbereich von 636 Krippenplätzen wurde vervierfacht. Heute steht bereits für jedes zehnte Kind im Saarland ein Platz in einer Krippe bereit. Wir liegen damit weit an der Spitze der Flächenländer im Westen Deutschlands. Bis 2013 soll allen Eltern, die eine Betreuung wünschen, diese auch zur Verfügung stehen. Dann müssen nicht nur für 10%, sondern für 35% aller unter Dreijährigen Krippenplätze vorhanden sein. Eine gewaltige finanzielle Anstrengung: 860 zusätzliche Krippenplätze pro Jahr! Seit 1999 ist die Zahl der Ganztagsplätze in den Kindergärten von früher 3000 auf heute 5400 gesteigert worden. Sie werden weiter ausgebaut. Das neue saarländische Kinderbetreuungs- und bildungsgesetz verbessert die Qualität der Kindertageseinrichtungen. Neben vielen anderen Verbesserungen stellt es sicher, dass frühes Lernen auch auf der Grundlage eines altersgemäßen Bildungsprogramms erfolgt: ein wichtiger Beitrag zur Chancengleichheit. Auch einer Verbesserung der Chancengleichheit und einer finanziellen Entlastung der Eltern dient das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr, mit dem das Saarland Zeichen gesetzt hat. In den nächsten Jahren werden für ein flächendeckendes und ortsnahes Sprachangebot „Früh Deutsch Lernen“ für Kinder mit eingeschränkten Sprachkenntnissen jährlich drei Millionen Euro aufgewendet.

Früher gab es weder eine Verlässlichkeit des Stundenplans noch eine nennenswerte Zahl nachmittäglicher Betreuungsangebote. Mittlerweile hat das Saarland das dichteste Netz an solchen Angeboten. Es gibt kaum eine Schule, an der nicht zusätzliche Räume und Bistros geschaffen wurden. Der Lehrereinsatz an diesen freiwilligen Ganztagschulen wird erweitert, die Zuschüsse des Landes auf 20.000 € pro Gruppe erhöht, die Elternbeiträge dadurch deutlich gesenkt. Auch das ist eine gewaltige finanzielle Kraftanstrengung.

Wir wollen die besten Bildungseinrichtungen für unsere Kinder. Die Zahl der Grundschulen wurde zwar in Folge des enormen Schülerrückgangs reduziert, die Qualität der Einrichtungen deutlich verbessert. Die Eltern können jetzt auf die Verlässlichkeit der Unterrichtszeiten in den Grundschulen vertrauen – ein wichtiger Baustein, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. An nahezu allen Grundschulen wurde und wird zukünftig noch verstärkt investiert in das Bildungs- und Betreuungsangebot am Nachmittag, und zwar in baulicher und in personeller Hinsicht. Die Zahl der Unterrichtsstunden wurde ohne Ausweitung des Lehrplans um 13 Stunden erhöht. Dies entspricht einem halben Jahr mehr Unterricht als früher und heißt, es gibt jetzt viel mehr Zeit zum Üben. Bundesweit ist es einmalig, dass jedes Kind im ersten Schuljahr jeden Tag eine Förderstunde hat. Eine Parallelklasse in jeder Jahrgangsstufe ermöglicht eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Lehrkräften, bietet bessere Vertretungsmöglichkeiten und schafft bessere Vergleichbarkeit und Qualität. Die durchschnittlichen Klassenstärken sind im Saarland kleiner als der Bundesdurchschnitt, kleiner als im benachbarten Rheinland-Pfalz und auch kleiner als zu Zeiten der Vorgänger-Regierung im Saarland.

Ein großes Problem ist die Zahl derjenigen, die ohne Abschluss die Schule verlassen. Zwar konnte seit 1999 die Schulabbrecherquote deutlich von 11% auf unter 8% gesenkt werden. Mit dem Ausbau des freiwilligen 10. Schuljahrs an den Lern-Förderschulen und der Initiative „Du schaffst das!“ wird hier ein Zukunftszeichen gesetzt. Allein die letzte Initiative mit Werkstatt-Schule und Reformklassen kostet 6 Millionen € in drei Jahren. Die Finanzierung teilen sich die Bundesagentur für Arbeit und das Land. Wir geben niemanden auf. Wir wollen jedem helfen, mit einem Schulabschluss seine Ausbildungs- und Lebensperspektive zu verbessern. Wir erwarten aber auch, dass er sich selbst anstrengt und daran mitarbeitet.

Mit den hohen Klassenfrequenzen an den weiterführenden Schulen finden wir uns nicht ab. Größere Klassen als an den Grundschulen soll es in Zukunft an den weiterführenden Schulen nicht mehr geben. Mit einer „Kleinere-Klassen-Garantie“ wird das Jahr für Jahr aufsteigend gewährleistet. Hierfür werden in den nächsten sechs Jahren insgesamt 28 Millionen € bereitgestellt. Unsere Anstrengungen richten sich nicht nur auf die Schulorganisation. Wir anerkennen die schwierige Arbeit der Lehrkräfte dadurch, dass wir in Zukunft mehr Besoldungsgerechtigkeit schaffen. Hauptschullehrerinnen und –lehrer erhalten bald eine monatliche Zulage in Höhe von 200 €. Die beruflichen Perspektiven für Lehrkräfte des gehobenen Dienstes werden durch zusätzliche Funktionsämter in ihren Schulformen deutlich verbessert. Damit wird die hervorragende und wertvolle Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer, die Tag für Tag für eine gute Ausbildung und Erziehung unserer Kinder sorgen, honoriert. Die guten Beispiele wirken in die nächste Legislaturperiode hinein. Diese gute Politik werden wir fortsetzen.

Mit besten Grüßen

Jürgen Schreier

## Antwort SPD

4.9.2008

Sehr geehrter Herr Strube,

gerne werde ich Ihnen die Positionen meiner Partei zur zukünftigen Bildungspolitik einer SPD geführten Landesregierung darlegen.

Wissen und eine umfassende Bildung werden gerade für die Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels immer wichtiger. Eine gute Bildung und Ausbildung sind nach Auffassung meiner Partei die Grundvoraussetzungen für Aufstiegschancen und Teilhabemöglichkeiten in unserer Gesellschaft. Da durch den demografischen Wandel die Anzahl nicht nur der Schülerinnen und Schüler sondern auch die der Erwerbspersonen deutlich sinken wird, ist es in meiner Partei unumstritten, der Bildungspolitik höchste Priorität einzuräumen und sie in den Mittelpunkt des politischen Handelns zu stellen.

Die SPD sieht in der Bildungspolitik den wichtigsten Beitrag dafür, Menschen zu befähigen, ein selbst bestimmtes Leben zu führen und an Wohlstand und Aufstieg teilzuhaben. Damit stellt die Bildungspolitik für die SPD das Schlüsselthema für die Zukunft des Saarlandes dar und muss deshalb im Haushaltsgesetz des Saarlandes als Zukunftsinvestition ausgewiesen werden. Auf dieser Basis wird die ab 2009 von der SPD geführte Landesregierung ihre Anstrengungen in der Bildungspolitik verstärken, ohne das Ziel der Haushaltskonsolidierung zu verletzen. Bildung ist uns etwas wert. Deshalb werden wir nach Regierungsübernahme die Verankerung einer Bildungsquote in Höhe von 30% des Gesamtetats in der Saarländischen Verfassung einsetzen.

Unzählige Studien belegen nach wie vor eindeutig, dass in Deutschland wie in kaum einem anderen Industriestaat die Bildungschancen von Kindern vom sozialen Status der Eltern abhängen. Darin sieht die SPD auch für das Saarland eine eklatante Fehlentwicklung, die umgehend beseitigt werden muss. Wir können es uns nicht leisten, dass auch nur ein Kind die Schule ohne Abschluss verlässt.

Um Chancengerechtigkeit zu gewährleisten, muss Bildung vom Kindergarten an bis zur Universität kostenfrei sein. Darüber hinaus muss der Zugang zu Bildung vor allem für die Kleinsten wohnortnah zugänglich sein. Vor diesem Hintergrund hält die SPD die Grundschulschließungen im Saarland aus bildungspolitischer Sicht für eine falsche Entscheidung. Wir werden die Pflicht zur Zweizügigkeit wieder beseitigen, damit sich Grundschulklassen wieder verkleinern und sich die individuelle Förderung verbessert.

Wir treten für eine frühkindliche Bildung ein, welche die Lebensphase von der Geburt bis zum Abschluss der Grundschule insgesamt in den Blick nimmt. Kindertagesstätten und Kindergärten dienen nicht nur der Betreuung, sondern auch der Bildung. Deshalb braucht auch die vorschulische Bildung eine grundlegende Reform. Kindergärten und Kindertageseinrichtungen müssen Bildungseinrichtungen werden, mit eigenem Bildungs- und Erziehungsauftrag.

Wir treten für eine bessere Bildung für alle Schülerinnen und Schüler im bestehenden Schulsystem ein. Für die Erweiterten Realschulen (ERS) bedeutet dies, die Durchlässigkeit zu verbessern, integrative Ansätze zu fördern und heterogene Lerngruppen zuzulassen, mit dem Ziel die begabungsschädliche Separierung zu vermeiden. Die Standorte der ERS sollen zum Erhalt eines qualifizierten Schulangebots gesichert werden. Deshalb wird die Zweizügigkeit für einen geordneten Schulbetrieb ausreichen.

Die mit großer Weitsicht von der SPD vor Jahren eingeführte Gesamtschule hat bewiesen, dass sie modernen Forderungen nach Fördern und Fordern von einzelnen Schülerinnen und Schülern am ehesten entsprechen kann. Deshalb werden wir die bestehenden Gesamtschulen stärken und dabei die Möglichkeiten verbessern, sich

standortbezogen umzustrukturieren, und ihre Kooperationen mit anderen Schulformen unterstützen. In jedem Fall behält sie den neunjährigen Bildungsgang zum Abitur.

Die Gymnasien werden ein besonderes Augenmerk auf die Klassen fünf und sechs richten müssen, um den unterschiedlichen Ausbildungs- und Entwicklungsständen der Kinder gerecht zu werden. Die Nichtversetzung darf nur erfolgen, wenn nachweislich andere pädagogische Maßnahmen ergriffen wurden und nicht zum Erfolg geführt haben. Wir wollen zudem die Rahmenbedingungen, die am Schengen-Lyzeum realisiert sind, d.h. kleinere Klassen, mehr statt weniger Unterrichtsstunden, echte Ganztagschule zur Grundlage einer Korrektur des völlig misslungenen G8 machen.

Das Saarland braucht mehr Ganztagschulen in allen Schulformen. Ganztagsangebote und Ganztagschulen verbessern nicht zuletzt die Wettbewerbschancen des Wirtschaftsstandortes Saarland. Wir wollen aber mehr als bloße Nachmittagsbetreuung. Wir wollen Ganztagschulen mit einem pädagogisch bestimmten Tagesrhythmus, in denen neue Bildungskonzepte verwirklicht werden. Wir werden nach der Regierungsübernahme ein Programm für Ganztagschulen umsetzen, damit jede Schule, die dies wünscht, zu einer echten Ganztagschule umgewandelt werden kann.

Aber auch die saarländischen Hochschulen sind in ihrer Gesamtheit ein unverzichtbarer Innovationsmotor für Gesellschaft und Ökonomie und Impulsgeber für unser Land wie die Großregion Saar-Lor-Lux. Deshalb werden wir energisch das Ziel verfolgen, die Forschungsausgaben auf 3% des BIP zu steigern. Zudem wird nach der Regierungsübernahme die SPD Saar als eine der ersten Handlungsmaßnahmen die Studiengebühren wieder abschaffen.

Für weitere Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Heiko Maas  
Landesvorsitzender der SPD Saar

## **Antwort FDP**

3.7.2008

Sehr geehrter Herr Strube,

zuerst einmal bedanke ich mich noch einmal herzlich für unser gemeinsames Gespräch am 24.06.2008.

Wir haben uns dabei ja bereits über einige Knackpunkte im saarländischen Bildungssystem unterhalten. Sehr gerne sende ich Ihnen hiermit die Positionierung der saarländischen FDP auch schriftlich.

Bereits 2005 haben wir die Änderung des Schulordnungsgesetzes abgelehnt, mit der die Zweizügigkeit für Grundschulen und die Dreizügigkeit für ERS, Gesamtschule und Gymnasium festgelegt worden ist. Wir haben anlässlich der Prognose Ihrer Initiative die möglichen Schulschließungen zum Inhalt im Landtagsausschuss für Bildung thematisiert. Dort wurden mögliche Schließungen von Kultusministerium und der CDU-Fraktion ausgeschlossen. Zugleich ist aber von dieser Seite keinerlei Bereitschaft zu erkennen, die Änderungen des Schulordnungsgesetzes rückgängig zu machen. Im Plenum vom 18. Juni 2008 haben wir als FDP-Fraktion einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht (siehe Anlage), der die Einzügigkeit von

Grundschulen bzw. die Zweizügigkeit von ERS, Gesamtschule und Gymnasium als ausreichend deklariert.

Nun zu Ihrer Frage bezüglich Finanzierung und demographischen Wandel:

Aus unserer Sicht ist es entscheidend, dass der finanzielle Spielraum, der durch die zurückgehende Schülerzahl entsteht nicht für das Stopfen des Haushaltslochs genutzt wird, sondern im Bildungssystem bleibt. Des Weiteren muss analysiert werden, welche fachfremden Aufgaben die Lehrerinnen und Lehrer erledigen, denn diese Aufgaben gehen in der Regel zu Lasten der originären Aufgaben wie der Vor- und Nachbereitung des Unterrichts. Pausenaufsicht und Nachmittagsbetreuung sind nur zwei Beispiele für solche Aufgaben, die ebenfalls von teilzeitbeschäftigten Sozialarbeitern oder Erziehern kostengünstiger und dennoch qualifiziert wahrgenommen werden könnten.

Wir wollen kleinere Klassen und somit ein quantitativ besseres Lehrer-Schüler-Verhältnis. Wir wollen mehr echte Ganztagschulen, in denen der Nachmittag pädagogisch aufgewertet ist. Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Reduzierung des nicht-strukturellen Unterrichtsausfalls und somit eine echte Unterrichtsgarantie.

Um all dies zu erreichen, ist es notwendig, das Schulordnungsgesetz in der oben angesprochenen Weise zu ändern. Darüber hinaus wollen wir den Schulen mehr Selbständigkeit geben – die im saarländischen Modellversuch ‚Selbständige Schule‘ ermöglichte Eigenständigkeit reicht bei weitem nicht aus. Schulen müssen über die Verwendung ihres Budgets genauso eigenverantwortlich entscheiden können wie über Personalplanung, Ausschreibung und Einstellung.

Die Rahmenbedingungen für diese Selbständigkeit müssen weiterhin durch Parlament und Kultusministerium gesetzt bzw. umgesetzt werden, auch bei der Qualitätssicherung und -überprüfung ist das Ministerium weiterhin in der Verantwortung.

Sehr geehrter Herr Strube, sollte Sie weitere Fragen oder natürlich auch Anregungen oder Kritik haben, stehe ich Ihnen jederzeit gerne als Gesprächspartner zur Verfügung.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

Dr. Christoph Hartmann, MdL

## **Antwort Bündnis 90/Die Grünen**

1.8.2008

Sehr geehrter Herr Strube,

...wir als Grüne haben einen sieben Punkte umfassenden Maßnahmenplan entwickelt, wie wir den Herausforderungen des demographischen Wandels entgegenwirken wollen und gleichzeitig eine zukunftsfähige Bildungslandschaft aufbauen können.

1. Wir als Grüne fordern eine Änderung des Schulordnungsgesetzes, damit auch kleine Schulen sicher erhalten werden können, d.h. an Grundschulen muss wieder die Einzügigkeit möglich sein und an weiterführenden Schulen darf nicht zwingend die Dreizügigkeit vorgeschrieben bleiben, hier muss es auch zweizügige Schulen geben können.

2. Die Grünen fordern darüber hinaus für die nächsten 10 Jahre einen regionalen Schulentwicklungsplan für die einzelnen Landkreise bzw. den Regionalverband unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung, der Qualitätsentwicklung der Schulen, der Anmeldezahlen und der Bereitstellung eines qualifizierten Bildungsangebotes für die Region. In diese Planung sind die Kommunen und kommunalen Gebietskörperschaften einzubeziehen.
3. Die Grünen fordern im Rahmen einer solchen Planung des Ausbau der Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe als Alternative zu G 8 an den Standorten, wo die Elternnachfrage nach Gesamtschulen größer ist als das Schulangebot an Gesamtschulplätzen. Dazu können schwache ERS-Standorte in Gesamtschulen umgewandelt werden. Starke ERS-Standorte können durch Kooperationsmodelle ebenfalls mit Oberstufen ausgestattet werden. Die Zukunft aller Schulformen - auch die des Gymnasiums - liegt angesichts der demografischen Entwicklung in Kooperationsmodellen.
4. Langfristig setzen die Grünen auf ein integriertes Schulsystem mit "Einer Schule für alle" bis zum neunten Schuljahr, woran sich dann jeweils eine gymnasiale und berufliche Oberstufe anschließt. Die dazu erforderliche Verfassungsänderung, im Landtag von den Grünen beantragt, wurde bislang von den anderen Parteien abgelehnt.
5. Für alle Schulformen fordern die Grünen bessere Rahmenbedingungen durch kleinere Klassen und mehr Lehrpersonal. Dazu haben die Grünen in der jährlichen Haushaltsdebatte entsprechende Anträge gestellt, die von der Mehrheitsfraktion abgelehnt worden sind. Grundsätzlich wollen die Grünen mehr Geld für Bildung im Landeshaushalt bereitstellen. Langfristig muss der Anteil der Bildungsausgaben am Landeshaushalt auf 30% erhöht werden. Er liegt derzeit bei rund 23%.
6. Qualitätsverbesserungen in Bildung und Erziehung sollen auch durch den stufenweisen und flächendeckenden Ausbau eines echten Ganztagschulsystems erreicht werden. D. h. zur regionalen Schulentwicklungsplanung gehören auch gebührenfreie Ganztagschulen, damit die Eltern, die dies für ihre Kinder wollen, eine echte Wahlmöglichkeit zwischen den Schulformen haben.
7. Im Rahmen einer erweiterten Schulautonomie sollen alle Schulen ein Höchstmaß an Selbstständigkeit erhalten, um so ein eigenes Schulprogramm unter Beteiligung von Lehrern, Eltern und Schülern in relativer Unabhängigkeit von der traditionellen Schulverwaltung zu gestalten.

Wir hoffen, dass wir Ihre Fragen damit ausreichend beantworten konnten. Selbstverständlich stehen wir Ihnen darüber hinaus für Rückfragen und weitere Gespräche jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Willger-Lambert      Hubert Ulrich

## **Antwort DIE LINKE**

29.7.2008

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Landeselterninitiative für Bildung!

Zunächst noch einmal ein herzliches Dankeschön für Ihr Engagement. Ohne Ihr beherztes Eintreten für mehr Chancen und eine bessere Bildung im Saarland wäre unser Land nochmals um einiges ärmer.

Die Partei DIE LINKE.SAAR tritt eindeutig dafür ein, dass der zu erwartende Schülerrückgang im Saarland nicht länger zur Schließung von zahlreichen Schulen und zur Einsparung dringend benötigter Lehrerstellen führen darf. Die rückläufigen Schülerzahlen müssen vielmehr als Chance begriffen werden, um in Zeiten von Bildungsarmut möglichst günstige Rahmenbedingungen für eine Verbesserung der Qualität von Bildung und Betreuung zu schaffen. Freie räumliche und personelle Kapazitäten sind für die Einrichtung kleinerer Klassen, für mehr individuelle Förderung, für neue pädagogische Konzepte und die Entwicklung echter Ganztagschulen gemäß dem Elternwillen zu nutzen.

Qualität muss Vorrang vor reinen Schülerzahlen haben - Ordnungsprinzipien wie Zwei- und Dreizügigkeit können dagegen nie ein Prüfkriterium für die Qualität von Schule sein. Daher ist es u. a. notwendig, die gesetzlichen Regelungen zur Garantie eines geordneten Schulbetriebs, zu den Klassenstärken etc. zu ändern. Der Erhalt möglichst vieler Schulstandorte im Saarland muss vorrangiges politisches Ziel zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Land sein. Mit Blick auf die demographische Entwicklung ist daher eine langfristige Schulstandort- und Schulentwicklungsplanung für das Saarland längst überfällig, welche neben dem aktuellen

Schülerrückgang auch wieder einen Schülerzahlenanstieg infolge geburtenstarker Jahrgänge und Migration berücksichtigt – als Perspektive zur Sicherung eines wohnortnahen Bildungsangebots für qualifizierte Schulabschlüsse. Die Entfernung zum Schulstandort darf nicht über Bildungschancen entscheiden.

DIE LINKE.SAAR spricht sich deshalb – zur Sicherung des Erhalts von Schulstandorten – auch für die Zulassung zeitlich begrenzter unterfrequentierter Klassen aus. Wir wollen kleinere Lerngruppen erreichen. Dafür brauchen wir eine sukzessive Absenkung des Klassenteilers auf 25 Schülerinnen und Schüler für alle Schulformen zur deutlichen Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation an unseren Schulen im Saarland. Wir wollen mehr individuelle Förderung zur Sicherung der Chancengleichheit, insbesondere für Kinder aus bildungsarmen Verhältnissen und für Kinder aus Einwandererfamilien. Wir werden als LINKE.SAAR ein Bildungsbündnis mit den Schulen, Schulträgern, Eltern, Lehrern und Multiplikatoren in Zusammenarbeit mit Land und Kommunen anregen – zur Auflage einer langfristigen und regional spezifischen Schulentwicklungs- und standortplanung.

Darüber hinaus fordern wir einen öffentlichen Dialog über Möglichkeiten der Zusammenführung verschiedener Schulformen unter einem Dach als eine Antwort auf die Herausforderungen des Schülerrückgangs, um den Weg für eine Schule für Alle zu ebnen.

Mit herzlichen solidarischen Grüßen

Ihr Rolf Linsler